



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Reinhold Strobl SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2016;
hier: Suchtprävention bei Jugendlichen –
Datengrundlage für die Arbeit vor Ort schaffen
(Kap. 14 05 TG 60)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 14 05 (Prävention und Gesundheitsschutz) wird der Ansatz in der TG 60 (Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie) für das Haushaltsjahr 2016 von 5.703,1 Tsd. Euro um 70,0 Tsd. Euro auf 5.773,1 Tsd. Euro angehoben.

Begründung:

Die zusätzlichen Mittel werden zur Durchführung eines Modellprojekts zur flächendeckenden Erhebung von Daten zu den Suchtmittelgewohnheiten von Jugendlichen verwendet. Die erhobenen Daten sollen lokalen Präventionsinitiativen zur Verfügung gestellt werden. Suchtprävention ist stets die Arbeit vor Ort. Ihre Qualität im Sinne von Effektivität, Effizienz und Nachhaltigkeit ist umso höher, je besser die vorgehaltenen Angebote und durchgeführten Maßnahmen am jeweils regionalspezifischen Bedarf ausgerichtet werden können. Voraussetzung dafür ist die möglichst genaue Kenntnis des Geschehens auf der lokalen Ebene. Epidemiologische Suchtsurveys von BZgA und IFT-München geben keinen Aufschluss über die drogenkonsumrelevanten Prozesse in der Region. Deshalb erhebt das Büro für Suchtprävention der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen seit 2004 in Form der so genannten Schüler- und Lehrerbefragungen zum Umgang mit Suchtmitteln (SCHULBUS) Daten zur Konsumverbreitung von Rauschmitteln unter Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren. Die daraus ableitbaren Schlussfolgerungen haben sich zu einem unverzichtbaren Instrument der drogenpolitischen Steuerung suchpräventiver Maßnahmen in der Hansestadt etabliert. Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) geförderten Modellprojekts wurden die bislang papiergestützten Erhebungsinstrumente auf ein Tablet-PC-basiertes Verfahren umgestellt und inzwischen über das Gebiet Hamburgs hinaus an vier Modellstandorten zur regionalen Datenerfassung eingesetzt. Die Bayerische Staatsregierung soll sich an dem Modellprojekt SCHULBUS orientieren.

Der Landtag ist am 26. Februar 2015 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege gefolgt, mit der die Staatsregierung zur Durchführung der Datenerhebung über die Suchtmittelgewohnheiten von Jugendlichen an fünf Modellstandorten aufgefordert wird (Drs. 17/5439). Im Zwischenbericht vom 11. Juni 2015 zu diesem Beschluss hat das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege ausgeführt, dass die Durchführung des Projekts von der Bewilligung entsprechender Projektmittel im Nachtragshaushalt 2016 abhängt.